Wirtschaftsdienst, 2026, 106(5), 377-384
JEL: F52, O52, Q02

Britta Kuhn

RESourceEU: Senkt der Aktionsplan bald Europas China-Risiko bei kritischen Rohstoffen?

Europäische Schlüsselindustrien sollen weniger abhängig von kritischen Rohstoffen (CRM) aus China werden. Dafür hat die Europäische Kommission den RESourceEU-Aktionsplan vorgestellt. Welche Maßnahmen sind zielführend? Welche wenig hilfreich? Besonders nützlich erscheinen mehr CRM-Lager, Projektsubventionen, Wiederverwertung und weltweite Abkommen. Weniger zielführend wirken zusätzliche Koordinierungsstellen der EU und ihre weiterhin kleinteiligen CRM-Beihilfen.

Ende 2025 präsentierte die Europäische Kommission (2025f) ihren RESourceEU-Aktionsplan, kurz RESourceEU.[1] Er soll europäische Schlüsselindustrien weniger abhängig von kritischen Rohstoffen (CRM, Critical Raw Materials) aus China machen – und das schnell. Zwar gibt es bereits zahlreiche EU-Maßnahmen, die ein Derisking gegenüber China bei wichtigen Materialien fördern. Ihr Erfolg hält sich aber bisher in Grenzen. Besonders hervorzuheben: 90 % der weltweit verarbeiteten Seltenen Erden stammen aus China (IEA, 2025). Die EU bezieht sogar mitunter 100 % von dort, nämlich Dysprosium, Gadolinium und Terbium (Europäische Kommission, 2023). Bereits seit 2022 erhöht China die Exportkontrollen gegenüber westlichen Rohstoffimporteuren. Grafit, Gallium, Germanium, Wolfram und Bismut waren zeitweise ebenso limitiert wie wichtige Endprodukte, darunter Batterien oder Verarbeitungsgeräte für Seltene Erden (S. 2). Am 4. April 2025 verhängte die Volksrepublik für sieben Seltene Erden Exportbeschränkungen. Vier davon waren 2024 bis zu 95 % in die weltweite Magnetproduktion geflossen – darunter das obige Dysprosium, Gadolinium und Terbium (IEA, 2025). Am 9. Oktober 2025 verschärfte China außerdem Exportkontrollen für Industrie- und Verteidigungsgüter, die bestimmte CRM enthalten (S. 2). Die Medien informierten und verstärkten die öffentliche Wahrnehmung, wodurch der europäische Handlungsdruck wuchs. Schafft es RESourceEU, die CRM-Versorgung der EU kurzfristig zu sichern? Welche Maßnahmen fördern ein schnelles Derisking, welche nicht?

RESourceEU ergänzt bisheriges Instrumentarium

Die Logik von RESourceEU (S. 1) folgt einem anderen Aktionsplan der Europäischen Kommission (o. D. a) namens REPowerEU. Diese Initiative trug dazu bei, dass die EU ihre russischen Gasimporte zwischen 2021 und 2024 von 150 auf 52 Mrd. Kubikmeter senkte. Ausgangspunkt von RESourceEU ist der CRMA (Critical Raw Materials Act), eine EU-Verordnung über kritische Rohstoffe. Der CRMA definiert vier Zielgrößen für strategische Rohstoffe, eine besonders knappe Teilmenge: Bis 2030 soll die EU mindestens 10 % ihres jeweiligen Verbrauchs selbst abbauen, 40 % eigenständig verarbeiten, 25 % recyceln und höchstens 65 % aus einem Drittland beziehen. Umfassend geht es im CRMA um strategische Projekte, die diesen Zielen dienen und Subventionen erhalten. Daneben geht es um schnellere Genehmigungen, Risikomonitoring, Stresstests, Magnetrecycling, Rohstoffpartnerschaften und EU-Einkaufsgemeinschaften (Europäische Union, 2024a; Kuhn, 2024).

Laut RESourceEU wirkt der CRMA zu langsam: China verfüge inzwischen auf allen Wertschöpfungsstufen der Batterie-, E-Fahrzeug- und Windturbinen-Fertigung über eine marktbeherrschende Stellung. Diese Position sei auf staatliche Subventionen, wettbewerbswidrige Liefer- und Preispraktiken, erzwungenen Technologietransfer und Investitionen in Drittländern zurückzuführen. Viele europäische Produzenten seien gezwungen, im langen und

1 Folgende Seitenangaben beziehen sich auf diesen Plan.

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Prof. Dr. Britta Kuhn lehrt Volkswirtschaftslehre an der Wiesbaden Business School der Hochschule RheinMain.

intransparenten chinesischen Bewilligungsprozess sensible Geschäftsinformationen preiszugeben. Rohstoffbedingte Produktionsausfälle untergrüben auch die Verteidigungsziele der EU. Der Markt allein dürfte unter den aktuellen Bedingungen nur begrenzt in der Lage sein, die unfairen Wettbewerbsbedingungen auszugleichen und eine Verringerung der Abhängigkeit gegenüber China zu erreichen. Permanentmagneten ließen sich beispielsweise in der EU mitunter nur dreimal so teuer wie in Drittländern herstellen. Auch verfügten die Marktführer über erhebliche Marktmacht, die eine Beeinflussung der Rohstoffpreise jederzeit ermögliche. Die folglich hohe Preisvolatilität konfrontiere private Konkurrenten mit unkalkulierbaren Risiken (S. 2–3). Der Aktionsplan richtet sich vorrangig an wichtige Industriezweige wie die Autoindustrie, Industriemotoren, Verteidigung, Luft- und Weltraum, KI-Chips und Rechenzentren (Europäische Kommission, 2025g). Er lässt sich auf fünf Ziele verdichten: gesicherte Bevorratung, besser geförderte Rohstoffprojekte, mehr Recycling, Schutz vor Marktversagen und Wettbewerbsverzerrungen sowie Partnerschaften mit Drittländern.

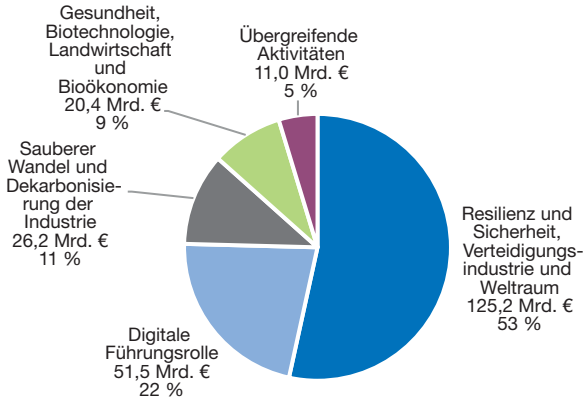
Gesicherte Bevorratung

Ein Europäisches Zentrum für kritische Rohstoffe (European Critical Raw Materials Centre) soll ab 2026 Rohstoffe priorisiert einkaufen, etwa für die Luft- und Raumfahrt oder für Verteidigungszwecke – zusätzlich zur einzelstaatlichen Bevorratung. Es könne dabei von Japans staatlicher JOGMEC (Japan Organisation for Metals and Energy Security) lernen (S. 3). JOGMEC subventioniert Projekte, die zur japanischen CRM-Versorgungssicherheit beitragen, vermittelt Zugang zu privatem Fremd- bzw. Eigenkapital und beteiligt sich selbst an Anlagen – auch über internationale Gemeinschaftsunternehmen. Daneben fördert die Regierung strategische Lagerhaltung, eigene Abbauprojekte und eine Diversifizierung der Bezugsquellen (IEA, 2025). RESourceEU will z. B. Privatunternehmen größere räumliche und finanzielle Möglichkeiten zur Lagerhaltung verschaffen sowie einzelstaatliche und EU-Bevorratungssysteme über die allgemeine EU-Lagerhaltungsstrategie besser verzahnen. Hierzu diene ein Pilotprojekt für sekundäre CRM, also wiederaufbereitete CRM, ab dem ersten Quartal 2026 (S. 14). Finanziell soll ein neuer europäischer Wettbewerbsfonds, der ECF (European Competitiveness Fund), das CRM-Zentrum unterstützen (S. 18).

Beurteilung: Es erscheint sinnvoll, gemeinsam und günstiger auf EU-Ebene statt einzelstaatlich CRM zu kaufen und EU-Rohstofflager aufzubauen, um für Krisenzeiten gewappnet zu sein. Ebenso ist es sinnvoll, Privatunternehmen wirksam zu motivieren, durch Bevorratung Engpässe zu vermeiden. Das neue CRM-Zentrum soll jedoch noch

Abbildung 1

Europäischer Wettbewerbsfonds, Plan der EU-Kommission für 2028 bis 2034



Quelle: Europäische Kommission (2025c); eigene Darstellung.

vieles Weitere koordinieren, was sich inhaltlich kaum greifen lässt. Auch der ECF klingt zunächst nach einer guten Idee. Die Europäische Kommission (2025c) möchte darin 14 bestehende Fonds zusammenfassen. Darunter befinden sich das Forschungsprogramm Horizont Europa, daneben ein Innovationsfonds, eine Digitalförderung, drei Verteidigungs- und zwei Weltraumlinien. Konsolidiert könnten sie künftig verstärkt zum China-Derisking bei CRM beitragen. Horizont Europa verfügt z. B. schon heute über 93 Mrd. € für 2021 bis 2027, der Innovationsfonds über rund 40 Mrd. € zwischen 2020 und 2030. Es handelt sich um die beiden größten der aktuell 14 Subventionen. Deren Volumen soll im Finanzrahmen 2028 bis 2034 gemäß Abbildung 1 insgesamt 234,3 Mrd. € betragen und sich auf vier Bereiche verteilen. Rohstoffe thematisiert allerdings nur eine Unterkategorie des Bereichs „Resilienz und Sicherheit“. Ob auch Gelder der Kategorie „Sauberer Wandel“ die kritische Materialversorgung fördern werden? In diesen Bereich fällt z. B. die rohstoffintensive Batterie- und Magnetfertigung. Insgesamt bestehen Zweifel, ob die unübersichtliche und kleinteilige Förderung der europäischen CRM-Sicherheit endet. So verdeutlicht der Europäische Rechnungshof (2026), dass zwischen 2014 und 2027 allein acht EU-Generaldirektionen unabhängig voneinander Vorhaben zu kritischen Rohstoffen förderten. Darunter befanden sich auch kleine Finanzquellen, beispielsweise 27 Mio. € aus dem „Fonds für einen gerechten Übergang“ oder 12 Mio. € zur „Stärkung der Forschungs- und Innovationskapazität der Türkei im Bereich Seltenerdmetalle“.

Die allgemeine Lagerhaltungsstrategie der Europäischen Kommission (2025b) erstreckt sich auf alle potenziellen Engpässe, also z. B. auch auf Medikamente oder Agrar-

güter. Ihre „Schlüsselaktionen“ erscheinen jedoch überschaubar. Die EU-Kommission will insbesondere Lagerhaltungs-Netzwerke errichten, gemeinsame Beschaffungsaktivitäten unterstützen, den Austausch über Best Practices voranbringen und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten verbessern. Auch der JOGMEC-Vergleich ist nur eingeschränkt tragfähig. Für eigene Bergbauprojekte fehlt der EU beispielsweise schlicht das Mandat.

Besser geförderte Rohstoffprojekte

Bisher hat die EU-Kommission 60 strategische Projekte per CRMA genehmigt. Davon liegen 13 in Drittstaaten, wie z. B. in Norwegen. Einige Projekte könnten die Abhängigkeit von ausgewählten Drittländern bis 2029 um 30 % bis 50 % senken. Künftig sollen die Vorhaben mehr öffentliche Gelder erhalten und dereguliert werden (S. 4).

a. Mehr Subventionen für Rohstoffprojekte

Der Aktionsplan nennt folgende Förderlinien von Gewicht: jährlich 2 Mrd. € der Europäischen Investitionsbank EIB, 2 Mrd. € über InvestEU (EU-Förderprogramm, das nachhaltige Investitionen, Innovation und Beschäftigung in Europa fördern soll) für 2026 und 2027, 300 Mio. € aus dem mit 1,8 Mrd. € dotierten „Battery Booster“ und 700 Mio. € für 2026 vom Innovationsfonds. Insgesamt kämen zwischen Dezember 2025 und 2026 rund 3 Mrd. € EU-Hilfen zusammen, um europäische CRM-Lieferketten zu unterstützen. Die EU-Kommission werde die fragmentierten Finanzhilfen in einem Finanzierungszentrum für kritische Rohstoffe (CRM Financing Hub) koordinieren und CRM prioritär im Programm für die europäische Verteidigungsindustrie EDIP (European Defence Industry Programme) verankern. Daneben appelliert RESourceEU an die Mitgliedstaaten, verstärkt EU-Hilfen und -Programme zu nutzen, die einen CRM-Bezug aufweisen. Dazu gehören z. B. der Beihilferahmen für die Dekarbonisierung der europäischen Industrie CISAF (Clean Industrial Deal State Aid Framework) und die finanzielle Unterstützung für Verteidigungsgüter unter der Verordnung über Sicherheitsmaßnahmen für Europa SAFE (Security Action for Europe, S. 4–6).

Beurteilung: Wie schon der CRMA zählt der Aktionsplan zahlreiche kleinteilige Fördermittel unstrukturiert auf. Welchen Betrag umfasst beispielsweise künftig die jeweilige EU-Kofinanzierung? Welche Subventionsanteile fließen tatsächlich in die CRM-Versorgung? Woher genau kommen die insgesamt 3 Mrd. €, die das CRM-Finanzierungszentrum koordinieren soll? Allein die genannten je 2 Mrd. € aus EIB- und InvestEU-Mitteln übersteigen diese Summe. Reicht es aus, Teilsubventionen verschiedener Finanzquellen zu koordinieren, anstatt sie zu verschmelzen? EDIP soll beispielsweise die europäische Verteidigungsindustrie bis Ende 2027 mit 1,2 Mrd. € subventionieren, um Lieferketten widerstandsfähiger zu machen. Bisher ist jedoch nicht erkennbar, dass die CRM-Versorgung für die nationalen Ratsmitglieder eine Priorität darstellt (Rat der EU, 2025b). Ebenfalls unklar bleibt, wie viel die Dekarbonisierungs- bzw. Verteidigungslinien CISAF und SAFE beisteuern werden. Hinsichtlich CISAF thematisiert die Europäische Kommission (2025e) zwar mehrfach CRM, beziffert aber nicht im Ansatz, wie viel Beihilfe sich dafür ergäbe. Selbst das gesamte Mobilisierungsvolumen schätzt sie vage auf einen dreistelligen Milliardenbetrag bis Ende 2030. Bis dahin gewährt SAFE 150 Mrd. € (Rat der EU, 2025a). Von Rohstoffen ist in der Verordnung jedoch nur einmal allgemein die Rede.

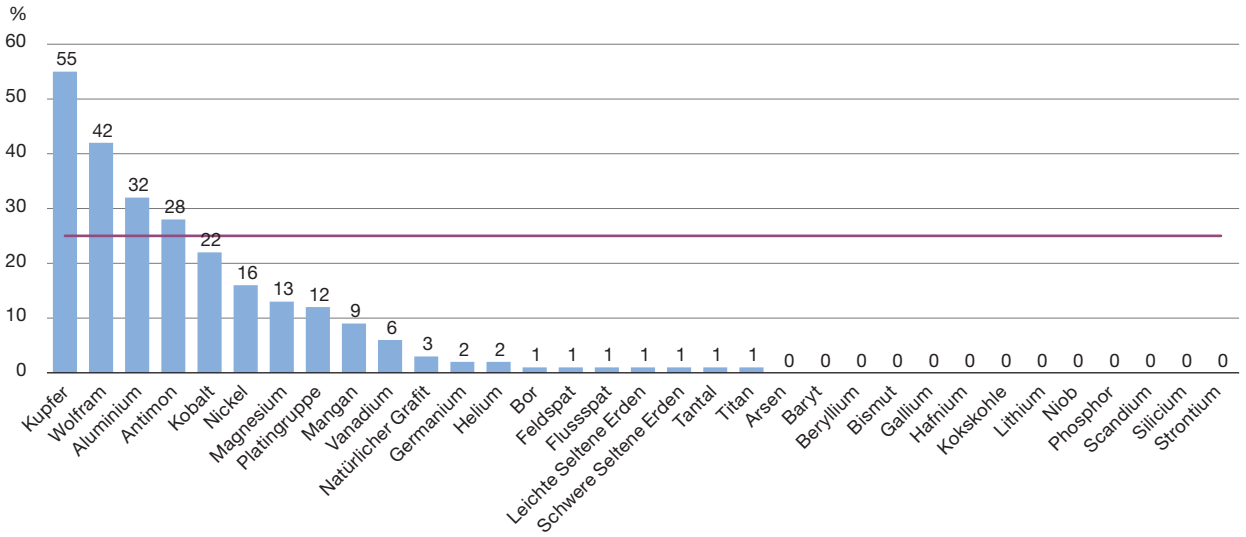
b. Deregulierung von Rohstoffprojekten

Um strategische Projekte schneller zu genehmigen, müssen laut Aktionsplan zunächst alle EU-Staaten die Vorgaben des CRMA erfüllen, z. B. nationale zentrale Anlaufstellen für Anträge einrichten. Damit sich Umweltstandards leichter und schneller erfüllen lassen, veröffentlicht die EU-Kommission daneben im ersten Quartal 2026 einen Leitfaden für Umweltgenehmigungen im Bergbau. Im zweiten Quartal will sie die Wasser-Rahmenrichtlinie vereinfachen, um das CRM-Recycling und den CRM-Zugang zu fördern. Auch die europäische Chemikalien-Verordnung REACH und die EU-Gefahrenstoffrichtlinie CMRD, die unter anderem vor Krebs schützen soll, kommen auf den Prüfstand (S. 7–8).

Beurteilung: Zum Umwelt- und Gesundheitsschutz äußert sich der Aktionsplan recht allgemein, sodass mögliche Änderungen schwer abschätzbar sind. Ungewiss erscheint, ob strategische Projekte künftig wirklich schneller genehmigt werden. *Erstens* fehlen Sanktionen, z. B. gegenüber Mitgliedstaaten, die noch keine zentrale Anlaufstelle für Projektanträge bieten. Unklar ist *zweitens*, wie das CRM-Finanzierungszentrum und das CRM-Zentrum ein diversifiziertes Rohstoffangebot kurzfristig vorantreiben. Das Finanzierungszentrum soll vor allem die Projektentwicklung und das Recycling beschleunigen; das Zentrum wiederum soll die Aktivitäten des Finanzierungszentrums koordinieren. Daneben berät die EIB bei der finanziellen und technischen Durchführung strategischer CRM-Projekte. Laut CRMA koordiniert schließlich ein europäischer Ausschuss für kritische Rohstoffe die Subventionsvergabe – gemeinsam mit der EU-Kommission, den Mitgliedstaaten und Finanzinstitutionen (S. 5–6). Die Vielzahl beteiligter Institutionen könnte die Effizienz beeinträchtigen. Schließlich fragt man sich, ob die EU die richtigen strategischen Projekte auswählt. Ausgerechnet unter den ersten beiden Förderungen befindet sich auch ein grönländisches Vorhaben: In Malmbjerg will das Unternehmen Greenland Resources Molybdän fördern und

Abbildung 2

Recyclingquote der EU je kritischem Rohstoff (Endverbrauch)



Anmerkung: Die EU unterscheidet elementaren Phosphor und Phosphorit (Phosphatgestein). Ein Recycling würde jedoch in beiden Fällen zunächst zu Phosphat führen, weshalb Phosphorit und der daraus hergestellte Phosphor in der Darstellung kombiniert wurden. Allgemein gilt, dass sich nicht alle CRM wiederverwerten lassen. Kokskohle wird beispielsweise primär für die Stahlproduktion genutzt. Anstatt das entstehende CO_2 zu recyceln, setzt man zunehmend auf ökologischere Alternativen wie grünen Wasserstoff. Die farbige Linie markiert eine Recyclingquote von 25 %, die gemäß CRMA ab 2030 nicht mehr unterschritten werden soll.

Quelle: Europäische Kommission (2023); eigene Darstellung.

so die europäische Verteidigungsindustrie sicherer versorgen (S. 9). Molybdän gehört jedoch nicht zu den Elementen, die der CRMA derzeit als kritisch definiert.

Mehr Recycling

Laut Aktionsplan könnten bereits in wenigen Jahren allein die bestehenden europäischen Recyclingunternehmen für Seltene Erden rund 20 % der heutigen Nachfrage nach Permanentmagneten decken. Die EU-Kommission schlägt daher im zweiten Quartal 2026 vor, den Export von Permanentmagneten und Abfallprodukten, die solche Magnete enthalten, einzuschränken. Daneben sollen sich Rohstoffe aus Altbatterien leichter wiederverwerten lassen. Die EU könne 50 bis 65 % der Schwarzmasse aufbereiten, die bisher größtenteils ungenutzt bleibt oder zur Wiederaufbereitung nach Asien exportiert wird.[2] Bereits im März 2025 entschied die EU-Kommission, dass Lithium-Batterieabfälle und Schwarzmasse ab Oktober 2026 nur noch in OECD-Länder ausgeführt werden dürfen. Sie behält sich vor, Schwarzmasse-Exporte zusätzlich einzuschränken. Weitere Maßnahmen stellt sie für Frühjahr 2026 bei Aluminiumabfällen für europäische Schmelzwerke und Wiederaufbereitungsanlagen in Aussicht, eventuell gefolgt von Kupfermüll. Illegale Ausfuhrkanäle sollen geschlossen werden. Die Kommission will den CRMA erweitern: *erstens* um weitere kennzeichnungspflichtige Produkte, die Permanentmagnete enthalten; *zweitens* um Mindestquoten für aufbereitete CRM im Herstellungsprozess. Diese Materialien seien in der Regel reiner, außerdem leichter und kostengünstiger wiederzuverwerten als Endverbrauchsabfälle, auf die sich die Recyclingvorgaben bisher beschränken. Auch weitere EU-Gesetze würden überarbeitet, z. B. die Alt-Fahrzeugrichtlinie. Schließlich plant die EU-Kommission, Substitutionsprozesse und Effizienzverbesserungen zu stimulieren. Zum einen mit einem Gesetzentwurf für innovative Werkstoffe (Advanced Materials Act) im vierten Quartal 2026; zum anderen mit 593 Mio. € aus Horizont Europa für 2026 und 2027, Geldern des Europäischen Verteidigungsfonds und IPCEI-Mitteln für Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse (Important Projects of Common European Interest, S. 9–12). Der Verteidigungsfonds umfasst 2021 bis 2027 rund 7,3 Mrd. € (Europäische Kommission, o. D. b). IPCEIs dienen wachstumsfördernden Strategien wie der Energiewende, enthalten nationale Fördergelder und (Ko-)Finanzierungen der EU (Europäische Kommission, o. D. c).

Beurteilung: Die EU unterschreitet gemäß Abbildung 2 die Recyclingquote, die der CRMA bis 2030 zumindest für strategische Rohstoffe erreichen will, meist deutlich. Statt

2 Schwarzmasse entsteht beim Wiederaufbereiten von Lithium-Ionen-Batterien. Das pulverförmige Zwischenprodukt enthält neben Lithium weitere wertvolle Metalle, die sich durch chemische Verfahren zurückgewinnen lassen. Dieser Prozess verursacht jedoch Kosten.

25 % oder mehr verwertet sie z. B. nur 1 % der Seltenen Erden in Altgeräten erneut. Bei Dysprosium, das zu 99 % für Magnete verwendet wird, beträgt der Recyclinganteil sogar nur 0 % – bei einem Substitutionsindex von 0,99 (Carrara et al., 2025). Es gibt demnach praktisch keinen Ersatz für Dysprosium in der Magnetproduktion. Der Plan, Permanentmagnete, Schwarzmasse und sämtliche CRM über alle Wertschöpfungsstufen hinweg umfassend zu recyceln, ist daher ökonomisch sinnvoll. Exportverbote in Länder außerhalb der OECD könnten allerdings die illegalen Ausfuhren erhöhen.

Mit welchen neuen Maßnahmen will die EU-Kommission dies verhindern? Anreize für eine gestärkte europäische CRM-Kreislaufwirtschaft stellen einen geringeren Markteingriff dar. EU-Subventionen für die Wiederaufbereitung in Europa, flankiert durch Forschungssubventionen für innovative Prozesse und Ersatzprodukte, gehen in diese Richtung. Im Aktionsplan bleibt allerdings erneut diffus, wie viel Finanzhilfe hierfür fließen wird. Daneben kosten Substitute in der Regel mehr und/oder stellen zunächst einen technischen Rückschritt dar. Wirtschaftsmedien wie z. B. The Economist (2025) verweisen zwar auf Ersatzmethoden in der Wissenschaft und in Start-ups. Gleichzeitig verdeutlichen selbst diese optimistischen Beiträge technischen Laien, dass z. B. Magnete auf Basis Seltener Erden nur schwer zu schlagen sind – schon gar nicht kurzfristig.[3] Deshalb bringt der Markt allein sie langsamer hervor, als für ein europäisches Derisking gegenüber China gesellschaftlich notwendig ist. Gholz und Hughes (2021) zeigen jedoch für Japan nach einem chinesischen Embargo bei Seltenen Erden im Jahr 2010: Dem Land gelang es weitgehend reibungslos, durch alternative Fertigungsmethoden und Produkte den Verbrauch an Seltenen Erden binnen zwei Jahren deutlich zu senken – allein bei Cer und Neodym um mehr als die Hälfte. Unklar bleibt in RESourceEU schließlich, wie sich erweiterte Kennzeichnungspflichten und höhere Recycling-Quoten eines novellierten CRMA schnell und einfach umsetzen ließen.

Schutz vor Marktversagen und Wettbewerbsverzerrungen

Die europäische Privatwirtschaft soll CRM aus vielfältigeren Quellen beziehen, um sich besser vor Preisschwankungen und Marktrisiken zu schützen. Dazu dient *erstens* eine europäische Plattform für Energie und Rohstoffe (EU Energy and Raw Materials Platform). Sie soll Angebot und Nachfrage zusammenbringen, Dienstleistungen von Finanzinstitutionen und Lagerstellen anbieten und es z. B. kleineren Unternehmen erleichtern, ihre Nachfrage in Einkaufsgemeinschaften zu bündeln. Die EU-Kommission wird über die Plattform regelmäßige Vermittlungsrunden je strategischem Rohstoff organisieren. Sie zielt auch auf Anbieter aus überseeischen EU-Gebieten, dem Europäischen Wirtschaftsraum mit Island, Liechtenstein und Norwegen sowie auf Rohstoffpartner. Geplanter Start war März 2026 für Gallium oder Wolfram, die Homepage zum Mechanismus (Raw Materials Mechanism) existiert bereits. Auch das CRM-Zentrum soll über ihn gemeinsam Rohstoffe kaufen und Anreize schaffen, Verträge mit vielfältigen Anbietern zu schließen.

Zweitens möchte die EU-Kommission Großunternehmen über den CRMA verpflichten, ihre Rohstoffquellen zu diversifizieren.

Sie will *drittens* mehrere öffentliche Beschaffungsrichtlinien mit Anreizen versehen, um CRM breiter einzukaufen. Eine besondere Rolle sollen hierbei Verteidigungsprojekte und nicht-preisliche Vergabekriterien wie z. B. Versorgungssicherheit spielen. Eine umfassende Ermächtigungsgrundlage für CRM-Markteingriffe sieht sie im Binnenmarkt-Notfall- und Resilienzgesetz IMERA (Internal Market Emergency and Resilience Act). Es tritt im Mai 2026 in Kraft.

Viertens seien strategische CRM-Projekte außenwirtschaftlich abzusichern: Zum einen sollen sie als Projekte oder Programme von Gemeinschaftsinteresse der Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen unterliegen. Die EU-Kommission will sie im zweiten Quartal 2026 in die entsprechende Verordnung integrieren. Zum anderen schließt Horizont Europa 2026 und 2027 chinesische und durch China kontrollierte europäische Institutionen ausdrücklich von Forschungsprojekten aus.

Fünftens sollen mit der G7, Australien und der Ukraine Standards für ESG-konforme, diversifizierte und widerstandsfähige CRM-Wertschöpfungsketten entstehen, die für die weltweiten Produktionsbedingungen wegweisend würden. Schließlich will die EU-Kommission marktwidrige Praktiken von Drittstaaten ab dem zweiten Quartal 2026 wirksam abwehren – z. B. Preismanipulation durch handelspolitische Instrumente (S. 12–15).

Beurteilung: RESourceEU bewertet eine diversifizierte CRM-Beschaffung privater Unternehmen zurecht als positive Externalität. Die dafür *erstens* bereitgestellte europäische Beschaffungsplattform dürfte vor allem kleine Anbieter und Nachfrager besser verbinden und damit die Marktallokation verbessern.

Die *zweitens* obligatorische Diversifizierungspflicht für Großunternehmen im CRMA erscheint hingegen ohne weitere Eingriffe kaum umsetzbar.

3 Ohne Seltene Erden wären z. B. Drohnen nicht nur deutlich teurer, sondern auch schwerer. Denn in puncto Drehmoment/Volumen oder Drehmoment/Gewicht kommt kein Elektromotor an einen Motor mit Neodym-Magnet heran. Auch Lithiumionen-Akkus sind bisher viel billiger und leistungsfähiger als Natriumionen-Akkus.

Drittens könnten Beschaffungsvorschriften mit nichtpreislichen Vergabekriterien die Wettbewerbskräfte in der EU schwächen. Besonders viel Potenzial für überteuerte Projekte läge in der nationalen Verteidigung. Über das Binnenmarkt-Notfallgesetz IMERA (Europäische Union, 2024b) erhielt die EU-Kommission in einer akuten Krise umfangreiche neue Kompetenzen. Ausdrücklich gälte dies auch für die CRM-Versorgung. Allerdings müsste der Rat der EU den Notfallmodus zuvor ausdrücklich aktivieren und er wäre in der Regel auf sechs Monate begrenzt.

Eine *viertens* erweiterte Investitionskontrolle aus Drittstaaten macht die europäischen CRM-Wertschöpfungsketten im Krisenfall ebenfalls sicherer. Die zugrunde liegende Screening-Verordnung (EU) 2019/452 konzentriert sich jedoch auf eine nationale Mindestharmonisierung (Europäische Kommission, o. D. d). Auch Ungarn müsste z. B. Direktinvestitionen mit nennenswerter chinesischer Beteiligung prüfen; die EU selbst hätte kein Durchgriffsrecht. Daraus könnten lange Rechtsstreitigkeiten folgen, z. B. wenn in obigem Fall die ungarische Regierung untätig bliebe. Begrüßenswert erscheint dagegen, die chinesische Regierung auf Distanz zur europäischen Spitzenforschung zu bringen.

Die *fünfte* Initiative, über die G7+ Nachhaltigkeitsstandards für CRM-Wertschöpfungsketten zu etablieren, wird die Rohstoffversorgung der EU kurzfristig nicht verbessern. Langfristig könnte sie jedoch Billigimporte aus Ländern beenden, in denen Umwelt-, Sozial- und Governance-Vorkehrungen weniger Anwendung finden. Der Kampf gegen marktwidrige Praktiken empfiehlt sich schließlich im Zweifel über Antidumpingzölle statt per Mindestpreisen für Rohstoffeinfuhren. Beides verteuert den europäischen Konsum. Zölle bescheren der EU jedoch Einnahmen, während höhere Gewinnmargen dem Exportland zugutekämen.

Partnerschaften mit Drittländern

Bisher unterhält die EU Rohstoffabkommen mit Argentinien, Australien, Chile, Grönland, Kanada, Kasachstan, der Demokratischen Republik (DR) Kongo, Namibia, Norwegen, Ruanda, Sambia, Serbien, Südafrika, der Ukraine und Usbekistan. RESourceEU verweist auf 60 relevante Projekte – offenbar andere als die oben behandelten 60 strategischen – und auf höhere CRM-Einfuhren aus fünf Partnerländern. Mehr Ko-Finanzierungen verschiedener EU-Fonds und ein Werkzeugkasten sollen die Verbindungen wirksamer machen (S. 7). Die EU-Kommission betont daneben die Freihandels- und Investitionsabkommen der EU, hebt das jüngste Rohstoffabkommen mit Südafrika hervor sowie laufende Verhandlungen mit Brasilien. Mit allen Partnern will sie integrierte CRM-Wertschöpfungsketten erreichen, außerdem mit EU-Beitrittskandidaten und weiteren Nachbarstaaten. Sie stellt z. B. Subventionen über den Investitionsrahmen für den Westbalkan WBIF (Western Balkans Investment Framework) in Aussicht oder über den Pakt für den Mittelmeerraum (Pact for the Mediterranean). Des Weiteren begrüßt die EU den G20-Rahmen für kritische Mineralien (Critical Minerals Framework). Dieser soll die Kartierung geologischer Ressourcen voranbringen, Nachhaltigkeitsstandards verbessern und für mehr Investitionen in CRM-Wertschöpfungsketten sorgen. Auch die G7-Allianz für CRM (Critical Minerals Production Alliance) soll das weltweite Angebot diversifizieren und sichern (S. 16–17).

Beurteilung: Zu den EU-Rohstoffpartnern gehören pluralistische Demokratien wie Australien, Kanada und Norwegen, mit denen einige EU-Staaten bereits entlang der CRM-Wertschöpfungskette vielversprechend kooperieren (Kuhn, 2025). Welches Potenzial aber haben Vereinbarungen mit Ländern wie der DR Kongo oder deren Gegner Ruanda? Nur aus fünf Partnerländern meldet der Aktionsplan höhere CRM-Einfuhren. Haben die weiteren zehn Verträge bisher keine konkreten Ergebnisse erzielt? Speziell Grönlands territoriale Zukunft bleibt fragil und die gesamte geopolitische Entwicklung in der Arktis bleibt unsicher. Sind die Beispiele Südafrika und Brasilien, die der Aktionsplan hervorhebt, aussichtsreiche Partner? Beide kooperieren im BRICS+-Verbund mit China und Russland. Brasilien zeigte sich zudem wenig erfreut, dass die EU-Kommission nach jahrzehntelangen Verhandlungen mit den Mercosur-Staaten weder Frankreich noch das Europäische Parlament von einem Freihandelsabkommen überzeugen konnte. Bahnt die EU-Kommission erfolgreich weitere Rohstoffabkommen an, z. B. mit Japan oder Malaysia? Schließlich existieren auch für die CRM-Vereinbarungen der EU zu viele komplexe und kleine Fördertöpfe. Über Horizont Europa sollen 2021 bis 2027 z. B. insgesamt 300 Mio. € in eine F&E-Partnerschaft mit Drittstaaten fließen (S. 7). Die Europäische Kommission (2025a) will erneut koordinieren – hier nun nationale und regionale F&E-Vorhaben für CRM. Dafür stellt sie maximal 90 Mio. € binnen sieben Jahren bereit.

Jenseits konkreter Rohstoffvereinbarungen hat die EU-Kommission zuletzt mehrere Freihandels- und Investitionsabkommen geschlossen – z. B. mit Indien. Ihre neue Kompromissbereitschaft stimmt optimistisch, auch wenn der Weg durch alle Gremien noch lang ist. Ebenfalls hilfreich erscheinen integrierte CRM-Wertschöpfungsketten mit dem Westbalkan per WBIF (2026). Er dient neben Rohstoffpartner Serbien der Infrastruktur- und Wirtschaftsentwicklung Albaniens, Bosniens und Herzegowinas, des Kosovos, Nordmazedoniens sowie Montenegros. Zwischen 2009 und 2026 stehen insgesamt 5,7 Mrd. € bereit. Viel diffuser und längerfristig wirkt der Pakt für den Mittelmeerraum. Er soll die Zu-

Tabelle 1
(Geplante) RESourceEU-Maßnahmen für ein kurzfristiges China-Derisking bei kritischen Rohstoffen (CRM)

Wann?	(geplante) Maßnahme	Priorität?[1]
10.25	G7-Allianz für CRM fördert erste gemeinsame Projekte	●
12.25-12.26	EU unterstützt CRM-Projekte mit ≈ 3 Mrd. € aus diversen Quellen	●
Q1.26	EU-Kommission veröffentlicht Leitfaden für Umweltgenehmigungen im Bergbau	○
Q1.26	Pilotprojekt koordiniert nationale und EU-Lagerhaltung wiederaufbereiteter CRM	◑
Q1.26	Europäischen Plattform für Energie und Rohstoffe organisiert erste Vermittlungsrunden von Angebot und Nachfrage	●
Q2.26	EU-Kommission überarbeitet (= vereinfacht) Wasser-Rahmenrichtlinie	●
Q2.26	Europäisches Zentrum für kritische Rohstoffe arbeitet und	
	- kauft CRM für wichtige Sektoren wie Verteidigung	●
	- koordiniert nationale Politik und Unternehmen	○
	- erhält per EU-Gesetzgebung weitere Kompetenzen	◑
Q2.26	EU-Kommission schlägt vor, Export von Permanentmagneten und Abfallprodukten, die solche Magnete enthalten, einzuschränken	●
Q2.26	FDI Screening-Verordnung (über Direktinvestitionen von Drittstaaten in der EU) deckt auch strategische CRMA-Projekte ab	●
Q2.26	EU-Kommission sanktioniert chinesische CRM-Marktmanipulationen	◑
Frühjahr 2026	EU-Kommission sorgt dafür, dass mehr Aluminiumabfälle in der EU bleiben (später evtl. auch Kupfermüll)	●
05.26	Per Notfall- und Resilienzgesetz IMERA könnte die EU-Kommission zur Rohstoffsicherung umfangreich in den Markt eingreifen	◑
10.26	Lithium-Batterieabfälle und Schwarzmasse dürfen nur noch in OECD-Länder exportiert werden	●
Q4.26	EU-Kommission schlägt Gesetz für innovative Werkstoffe vor, um die CRM-Substitution zu fördern	◑
2026/2027	Horizont Europa	
	- gibt 593 Mio. € für mehr Substitution und Effizienz bei CRM	●
	- schließt chinesische bzw. dort kontrollierte Institutionen aus	●
noch offen	EU-Kommission koordiniert (≠ fusioniert) CRM-Hilfen der EU	○
noch offen	CRM-Finanzierungszentrum koordiniert strategische CRM-Projekte (neben CRM-Ausschuss und CRM-Zentrum)	○
noch offen	CRMA erhält weitere Recycling- und Kennzeichnungsvorgaben	◑
noch offen	CRMA-überwachte Großunternehmen werden verpflichtet, ihre Rohstoffquellen zu diversifizieren	●
noch offen	G7+ entwickelt für CRM-Wertschöpfungsketten ESG-, Diversifizierungs- und Resilienzstandards	○
noch offen	EU stärkt Anreize in europäischen Beschaffungsrichtlinien, CRM divers zu beziehen	◑
noch offen	G20 kartieren geologische Ressourcen und verbessern ESG	○
noch offen	EU subventioniert CRM-Vorhaben	
	- auf dem Westbalkan	●
	- im Mittelmeerraum, in der Golfregion und in Afrika südlich der Sahara	○
noch offen	EU schließt weitere Rohstoff- und Freihandelsabkommen	●

[1] Eigene Bewertung von ● „wirksam“ bis ○ „unwirksam“

Quelle: Europäische Kommission (2025f); eigene Darstellung.

sammenarbeit und Wirtschaftsbeziehungen aller (!) Anrainer vertiefen – darunter integrierte CRM-Lieferketten. Daneben steht er vielen weiteren Ländern offen, z. B. der Golfregion und weiten Teilen Afrikas südlich der Sahara. Erst ein Aktionsplan könnte ihn umsetzen (Europäische Kommission, 2025d). Nur eingeschränkt überzeugend erscheint es da, den G20-Rahmen für kritische Mineralien in RESourceEU aufzunehmen. Denn China, gegen dessen Marktdominanz sich der gesamte Aktionsplan richtet, gehört zur G20. Zudem bezeichnet sich der Rahmen selbst zurecht als „nicht-

bindende Blaupause“ (G20, 2025). Wesentlich zielführender könnte die G7-Allianz für CRM wirken: Im Juni 2025 entstand unter kanadischer Führung ein entsprechender Aktionsplan (Critical Minerals Action Plan, CMAP). Schon im Oktober 2025 folgten die ersten 26 Investitionsvorhaben (G7, 2025). In CRM-Verhandlungen mit den USA könnten die 27 EU-Staaten schließlich mehr erreichen, wenn sie der EU-Kommission das offizielle Verhandlungsmandat überließen. Am US-Rohstoffgipfel im Februar 2026 nahm sie zwar teil, die Regierung Trump zielte aber wie gewohnt auf bilaterale Abkommen mit den 54 Teilnehmerstaaten, darunter 13 EU-Mitglieder (U.S. Department of State, 2026).

Fazit und Ausblick

RESourceEU bezweckt ein kurzfristiges China-Derisking bei kritischen Rohstoffen (CRM). Die EU-Kommission will mit dem Aktionsplan die CRM-Bevorratung verbessern, strategische Rohstoffprojekte stärker und schneller fördern, das CRM-Recycling deutlich steigern, gegen Marktversagen und Wettbewerbsverzerrungen vorgehen sowie Partnerschaften mit Drittländern ausweiten. Tabelle 1 fasst wichtige Maßnahmen chronologisch zusammen und bewertet ihre Wirksamkeit. Besonders nützlich erscheinen mehr CRM-Lager, Projektsubventionen, Wiederverwertung und weltweite Abkommen. Weniger zielführend wirken zusätzliche Koordinierungsstellen der EU und ihre weiterhin kleinteiligen CRM-Beihilfen. Die EU-Kommission sollte die vielen Stabsfunktionen und Finanzlinien zu wenigen, transparenten und schlagkräftigen Einheiten verdichten. Die Subventionen könnten dadurch wirksam in konkrete Minen, Verarbeitungs- und Recyclinganlagen fernab von Chinas Einfluss fließen. Mittelfristig erscheint es bedenkenswert, neben nationalen staatlichen Bergbaugesellschaften wie z. B. Schwedens LKAB auch EU-Minen zu ermöglichen und das Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission bei Rohstoffthemen deutlich zu stärken – allein, um der bilateralen Verhandlungsstrategie der US-Regierung zu begegnen.

Literatur

Carrara, S., Baldassarre, B., Jakimów, M., Kuzov, T., Mc Govern, L., Nohl, L., Ierides, M. & Christou, M. (2025). *Deep dive on critical raw materials for wind turbines in the EU*. Black, C. (Hrsg.). Publications Office of the European Union.

Europäische Kommission. (2023). *Study on the Critical Raw Materials for the EU 2023 – Final Report*. (Die nächste Studie erscheint 2026.)

Europäische Kommission. (2025a, 28. April). *Horizon Europe. EU Co-funded Partnership on raw materials for the green and digital transition* (last update).

Europäische Kommission. (2025b, 9. Juli). *EU stockpiling strategy: Boosting the EU's material preparedness for crises*. COM(2025) 528 final.

Europäische Kommission. (2025c, 16. Juli). *Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit (ECF)*. COM(2025) 555 final.

Europäische Kommission. (2025d, 16. Oktober). *Pakt für den Mittelmeerraum: mehr Arbeitsplätze, Energie und Sicherheit* [Presseartikel].

Europäische Kommission. (2025e, 4. November). *Commission Staff Working Document Accompanying the document Communication from the Commission Framework for State Aid measures to support the Clean Industrial Deal*. SWD(2025) 850 final.

Europäische Kommission. (2025f, 3. Dezember). *RESourceEU Action Plan. Accelerating our critical raw materials strategy to adapt to a new reality*. COM(2025) 945 final.

Europäische Kommission. (2025g, 3. Dezember). *Neue Maßnahmen zur Sicherung der Rohstoffversorgung und zur Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit der EU* [Presseartikel].

Europäische Kommission. (o. D. a). *REPower – 3 years on*.

Europäische Kommission. (o. D. b). *EDF. Developing tomorrow's defence capabilities*.

Europäische Kommission. (o. D. c). *Important Projects of Common European Interest (IPCEI)*.

Europäische Kommission. (o. D. d). *Investment Screening*.

Europäische Union. (2024a, 3. Mai). Verordnung (EU) 2024/1252 vom 11. April 2024 zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen.

Europäische Union. (2024b, 8. November). Verordnung (EU) 2024/2747 vom 9. Oktober 2024 zur Schaffung eines Rahmens von Maßnahmen für einen Binnenmarkt-Notfall und die Resilienz des Binnenmarkts.

Europäischer Rechnungshof. (2026). *Kritische Rohstoffe für die Energiewende: Keine solide Strategie vorhanden.* Sonderbericht 04/2026. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.

Gholz, E. & Hughes, L. (2021). Market Structure and Economic Sanctions: The 2010 Rare Earth Elements Episode as a Pathway Case of Market Adjustment. *Review of International Political Economy*, *28*(3), 611–634.

G7. (2025, 31. Oktober). *Canada unlocks 26 new investments and partnerships with 9 allied countries to secure critical minerals supply chains*.

G20. (2025, 23. November). *G20 South Africa Summit: Leaders' Declaration*.

IEA – International Energy Agency. (2025, Mai). *Global Critical Minerals Outlook 2025*.

Kuhn, B. (2024). Kritische Rohstoffe: Wie die EU ihre China-Abhängigkeit senken will. *Wirtschaftsdienst*, *104*(7), 490–496.

Kuhn, B. (2025). Strategische Rohstoffe in der EU: Was bringen die Partnerschaften mit Drittländern? *Wirtschaftsdienst*, *105*(7), 505–511.

Rat der EU. (2025a, 27. Mai). Council Regulation (EU) 2025/1106 establishing the Security Action for Europe (SAFE) through the Reinforcement of the European Defence Industry Instrument.

Rat der EU. (2025b, 23. Juni). *Programm für die europäische Verteidigungsindustrie: Rat bereit für die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament* [Pressemitteilung].

The Economist. (2025, 10. Mai). *State of flux*.

U.S. Department of State (2026, 4. Februar). *Critical Minerals Ministerial* [Fact Sheet].

WBIF. (2026). *The Western Balkans Investment Framework (WBIF)*.

Title: ***Will the RESourceEU Action Plan soon reduce Europe's China risk for critical raw materials?***

Abstract: *RESourceEU intends to rapidly de-risk from Chinese critical raw materials (CRM). Via the action plan, the EU Commission wants to improve CRM-stockpiling, promote strategic CRM-projects, significantly increase CRM-recycling, fight market failure as well as distorted competition and expand partnerships with third countries. More stockpiling, project subsidies, recycling and global agreements seem particularly useful. Additional EU coordination and ongoing small-scale CRM-subsidies appear less effective.*